

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	iuscomm
NO_DOC_EXT:	2018-080345
SOFTWARE VERSION:	9.6.5
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	zentrale@iuscomm.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

## Konzessionsbekanntmachung

### Dienstleistungen

Richtlinie 2014/23/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber**

I.1) **Name und Adressen**

Komm.Pakt.Net - Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts

Neue Straße 40

Ulm

89073

Deutschland

Kontaktstelle(n): Jens Schilling

Telefon: +49 731-2705260

E-Mail: [ausschreibung@kommpaktnet.de](mailto:ausschreibung@kommpaktnet.de)

NUTS-Code: DE111

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.kommpaktnet.de>

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.deutsche-evergabe.de/>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

iuscomm Rechtsanwälte

Panoramastraße 33

Stuttgart

70174

Deutschland

Kontaktstelle(n): Rechtsanwalt Achim Zimmermann

Telefon: +49 711/2535939-39

E-Mail: [zimmermann@iuscomm.de](mailto:zimmermann@iuscomm.de)

Fax: +49 711/2535939-27

NUTS-Code: DE11

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.iuscomm.de>

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen elektronisch via: <http://www.deutsche-evergabe.de/>

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <http://www.deutsche-evergabe.de/>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Gemeinsame selbstständige Kommunalanstalt nach § 24 a GKZ BW

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Verbesserung der Breitbandversorgung

## **Abschnitt II: Gegenstand**

### **II.1) Umfang der Beschaffung**

#### **II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

Verpachtung eines kommunalen Höchstgeschwindigkeitsnetzes in der Gemeinde Deggenhausertal (Bodenseekreis), Ortslage Mennwangen durch Komm.Pakt.Net zur Erbringung von Breitbanddiensten

#### **II.1.2) CPV-Code Hauptteil**

64214400

#### **II.1.3) Art des Auftrags**

Dienstleistungen

#### **II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Die Gemeinde Deggenhausertal sieht in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewebetreibenden mit leistungsfähigen und zukunftsgerichteten Breitbanddiensten einen wichtigen Auftrag im Sinne der Daseinsvorsorge sowie der Standortsicherung. Deshalb wurden auf der Gemarkung der Gemeinde Deggenhausertal passive Infrastrukturen zur Verbesserung der Breitbandversorgung in Form eines Höchstgeschwindigkeitsnetzes FTTB (nachfolgend „passive Infrastruktur“ genannt) errichtet. Diese passive Infrastruktur wird dann auf Grundlage des den Ausschreibungsunterlagen beigefügten Netzbetriebsvertrags (mit etwaigen Änderungen im Laufe des Ausschreibungsverfahrens die über Bieter Rundschreiben mitgeteilt werden) dem obsiegenden Bieter zur Nutzung für die vorgegebenen Zwecke im Wege eines vorgegebenen Netzbetriebsvertrages überlassen. Vertragspartner ist Komm.Pakt.Net als Auftraggeber.

#### **II.1.5) Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 100 000.00 EUR

#### **II.1.6) Angaben zu den Losen**

### **II.2) Beschreibung**

#### **II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:**

#### **II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)**

#### **II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE147

Hauptort der Ausführung:

Gemeinde Deggenhausertal im Landkreis Bodenseekreis

#### **II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:**

Vertragsgegenstand ist die Überlassung der von der Gemeinde Deggenhausertal bereits errichteten bzw. zur Errichtung geplanten passiven Infrastruktur an den obsiegenden Bieter als Auftragnehmer zur Nutzung in Form des Netzbetriebs. Dabei hat der Auftragnehmer Mehrfachdienste in Form von Telefonie, Internet und Fernsehen zu erbringen und den vorgegebenen Versorgungsbedarf gemäß Ausschreibungsunterlagen zu erfüllen. Der Auftragnehmer ist zur Übernahme des Betriebs der gesamten ihm vom Auftraggeber überlassenen passiven Infrastruktur im Rahmen des ausgeschriebenen Netzbetriebsvertrages und unter Berücksichtigung seines verbindlichen Angebots, auf das der Zuschlag erteilt wurde verpflichtet. Im Übrigen wird auf die Beschreibung in den Ausschreibungsunterlagen verwiesen.

#### **II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die Konzession wird vergeben auf der Grundlage der nachstehenden Kriterien:

- Kriterium: Netzpacht 50%
- Kriterium: Versorgungskonzept 50%

#### **II.2.6) Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 100 000.00 EUR

**II.2.7) Laufzeit der Konzession**

Laufzeit in Monaten: 84

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben**

Die Konzession wird als Dienstleistungskonzession im Offenen Verfahren vergeben. Für die Leistungsausführung sind neben den Vorgaben in den Ausschreibungsunterlagen insbesondere auch sämtliche Vorgaben und Auflagen der VwV Breitbandförderung des Landes Baden-Württemberg in der aktuellen Version zu beachten.

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Teilnahmebedingungen**

**III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente: Eigenerklärung, dass eine Bescheinigung nach § 6 TKG vorliegt oder Vorlage der Bescheinigung nach § 6 TKG Für die Angaben sind die Formblätter zu verwenden, die den Ausschreibungsunterlagen beigelegt sind!

**III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

a) Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung und Vermögensschadenversicherung mit einer Mindestdeckungssumme für Personenschäden in Höhe von 2.500.000,00 Euro je Einzelfall, für Sachschäden in Höhe von 1.000.000,00 Euro je Einzelfall und für Vermögensschäden in Höhe von 1.000.000,00 Euro je Einzelfall. Die Vergabestelle behält sich vor, einen Nachweis durch Vorlage der Kopie der Versicherungspolice oder einer Bestätigung des Versicherers, dass eine Erhöhung im Falle der Auftragserteilung auf die geforderten Versicherungssummen erfolgt oder eines entsprechenden Nachweises bzw. einer Bestätigung durch die Bank beim Bieter anzufordern. Bei Bietergemeinschaften sind, sofern keine Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung der Bietergemeinschaft selbst besteht, die Versicherungssummen des Mitglieds der Bietergemeinschaft maßgeblich, der die geringsten Versicherungssummen je Einzelfall ausweist, wobei auch diese die vorbenannten Mindestdeckungssummen erreichen müssen. Damit müssen alle Mitglieder der Bietergemeinschaft je einzelne die Mindestdeckungssumme erfüllen, sofern keine Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung der Bietergemeinschaft selbst besteht.

b) Erklärung zu den Jahresabschlüssen und zur Umsatzentwicklung nebst Eigenkapitalveränderung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre gemäß Formblatt Ziffer 7. Angebotsschreiben. Der Mindestjahresumsatz netto (ohne Mehrwertsteuer) des Bieters muss in den letzten 2 aktuellen vollen Geschäftsjahren (mindestens 2015 und später) mindestens 200.000 Euro je Geschäftsjahr betragen haben. Bei Bietergemeinschaften wird der Umsatz aller Mitglieder der Bietergemeinschaft addiert. Bei Unterauftragnehmern erfolgt eine Berücksichtigung nur nach Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen der Unterauftragnehmer nach lit. h).

c) Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß Formblatt Ziffer 8. Angebotsschreiben.

**III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- d) Eigenerklärung, dass eine Bescheinigung nach § 6 TKG vorliegt oder Vorlage der Bescheinigung nach § 6 TKG.
- e) Angaben zum Firmenprofil gemäß Formblatt Ziffer 9. Angebotsschreiben.
- f) Erklärung über die Mitarbeiter derzeit und im Durchschnitt der letzten 3 Jahre sowie Erklärung über die Anzahl der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (Erl.: Technische Fachkräfte in diesem Sinne sind die in dem für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Bereich qualifizierten Mitarbeiter). Für die Erklärung ist das Formblatt Ziffer 10. Angebotsschreiben zu verwenden. Es müssten mindestens 5 Vollzeitäquivalente mit technischen Fachkräften in vorbeschriebenem Sinne eingesetzt werden. (Erl: Das Vollzeitäquivalent gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Belegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben. Beispiel: Ein Vollzeitbeschäftigter 40 Stunden/Woche, 2 Teilzeitbeschäftigte mit je 20 Stunden/Woche =  $40 + 20 + 20 = 2$  Vollzeitäquivalente).
- g) Darstellung der Referenzen gemäß Referenzliste in Formblatt Ziffer 11. Angebotsschreiben mit Darstellung der in den letzten fünf Jahren erbrachten, mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand und Auftragsvolumen vergleichbaren Leistungen bzw. durchgeführten Maßnahmen (auch Aufnahme der zurzeit laufenden, aber noch nicht vollständig erfüllten Aufträge) mit den im Formblatt aufgeführten Angaben. Vergleichbar in diesem Sinne sind Referenzen, bei denen mindestens 5 Kabelverzweiger je Projekt erschlossen wurden und Referenzen mit einer Versorgung von mindestens 100 Endkunden über FTTB und/oder FTTH-Infrastrukturen. Es sind mindestens 3 vergleichbare Referenzen zu benennen, die jede einzeln FTTC und FTTB oder FTTH -Infrastrukturen unter Berücksichtigung der Vorgaben nach lit. g) betreffen muss!
- h) Bei beabsichtigter Beauftragung von Unterauftragnehmern: Benennung der Leistungen des Auftrages, die an den Unterauftragnehmer vergeben werden sollen gemäß Formblatt Ziffer 12. zur Bewerbung. Nur wenn der Bieter beabsichtigt, sich bei der Erfüllung eines Auftrages der Fähigkeiten anderer Unterauftragnehmer zu bedienen, muss er dem Auftraggeber hinsichtlich der Eignung (finanzielle, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung) für den Unterauftragnehmer nachweisen, dass diese in der Person des Unterauftragnehmers gegeben ist. Er hat entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unterauftragnehmer gemäß Formblatt Ziffer 13. Angebotsschreiben vorzulegen.
- i) Bei der Bildung von Bietergemeinschaften: Beschreibung der Aufgabenteilung bzw. Auftragsanteile sowie Vorlage der unter a) - g), k) und l) geforderten Nachweise und Erklärungen für alle Unternehmen der Bietergemeinschaft. Vorlage einer Eigenerklärung über die Bildung einer Bietergemeinschaft und die gesamtschuldnerische Haftung sowie Benennung eines bevollmächtigten Vertreters gemäß Formblatt Ziffer 14. Angebotsschreiben.
- j) Angabe eines verantwortlichen Ansprechpartners gemäß Formblatt Ziffer 15. Angebotsschreiben.
- k) Eigenerklärung darüber, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen gemäß Formblatt Ziffer 16 Angebotsschreiben.
- l) Darüber hinaus hat der Bieter die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindest-lohngesetz – LTMG) gemäß Formblatt Ziffer 17. Angebotsschreiben abzugeben.
- Alternativ zu den vorgenannten Nachweisen steht es dem Bieter frei, eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung nach § 50 VgV vorzulegen, wobei ebenso die Mindestanforderungen erfüllt werden müssen und sämtliche Angaben zu machen sind, die nach Ziffer 5.1 a)-l) vorgegeben werden.

### III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

**III.2) Bedingungen für die Konzession****III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand****III.2.2) Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

Das Ausschreibungsverfahren wird als Offenes Verfahren nach den Vorgaben der Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung geltenden Fassung (vgl. BGBl. 2016, S. 624, 683 ff.) durchgeführt.

**III.2.3) Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

Pflicht zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Mitarbeiter, die für die Ausführung der betreffenden Konzession eingesetzt werden

**Abschnitt IV: Verfahren****IV.2) Verwaltungsangaben****IV.2.2) Schlusstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**

Tag: 06/08/2018

Ortszeit: 11:00

**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

**Abschnitt VI: Weitere Angaben****VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen****VI.3) Zusätzliche Angaben:****VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 100

Karlsruhe

76137

Deutschland

Telefon: +49 721/926-8730

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Fax: +49 721/926-3985

**VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren****VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Antragsteller hat einen von ihm festgestellten Verstoß gegen Vergabevorschriften nach Erkennen unverzüglich zu rügen. Lehnt die Vergabestelle es ab, der Rüge abzuweichen, so muss der Antragsteller innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, dieser Rüge nicht abzuweichen, den Antrag auf die Einleitung eines Vergabeschlichtungsverfahrens stellen (vgl. § 160 GWB).

Die Vergabestelle wird vor Zuschlagserteilung die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollten, hiervon in Textform in Kenntnis setzen. Ein Vertrag darf erst 15 Tage nach Absendung dieser Information, bei Mitteilung durch Fax oder auf elektronischem Wege erst 10 Kalendertage nach der Absendung dieser Information geschlossen werden (vgl. § 134 GWB).

**VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe  
Durlacher Allee 100  
Karlsruhe  
76137  
Deutschland  
Telefon: +49 721/926-8730  
E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)  
Fax: +49 721/926-3985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
30/05/2018